



SÜDOSTEUROPA-
GESELLSCHAFT

Internationales Symposium

Vor- und Gründungsgeschichte der Südosteuropa-Gesellschaft: Kritische Fragen zu Kontexten und Kontinuitäten

16./ 17. Dezember 2013

Carl Friedrich von Siemens Stiftung, München

Andreas Wirsching *

Zur aktuellen Situation der „Aufarbeitung der NS-Zeit“

Die „Aufarbeitung der NS-Zeit“ ist in den letzten Jahren wieder einmal zu einem neuen – alten – Großthema der Zeitgeschichte geworden. Und es ist schon erstaunlich, in wie dynamischer Weise heute die Frage nach der „NS-Belastung“ in der frühen Bundesrepublik neu gestellt wird. Historische Gegenstände und Fragestellungen reichen von ganzen Ministerien oder Großorganisationen, über Parlamente bis hin zu prominenten Einzelpersonen. In diesem Kontext sind in der jüngsten Vergangenheit eine ganze Reihe von Großprojekten aufgelegt worden, häufig als Auftragsarbeit, mit der ein ganzes Team – oder eine Kommission – oder beides betraut wurde.

Einen wichtigen Anfang machte die Unternehmensgeschichte. Schon in den 1990er Jahren erschienen bedeutende unternehmensgeschichtliche Arbeiten wie etwa das große Werk zur Geschichte der Deutschen Bank in der NS-Zeit,¹ dem 2006 die monumentale Studie zur Dresdner Bank folgte.² In jüngster Zeit standen Unternehmen der Rüstungsindustrie und ihre Familien wie die Flicks³ oder die Quandts⁴ im Mittelpunkt des Interesses, um nur die wichtigsten zu nennen. Und gegenwärtig erleben wir geradezu eine Hoch-Zeit großer Auf-

* Prof. Dr. Andreas Wirsching, Jg. 1959, ist Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, München – Berlin, und Ordinarius für Neuere und Neueste Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Der vorliegende Beitrag ist die überarbeitete Fassung seines Vortrags beim internationalen Symposium der Südosteuropa-Gesellschaft zum Thema „Vor- und Gründungsgeschichte der Südosteuropa-Gesellschaft: Kritische Fragen zu Kontexten und Kontinuitäten“. Er erschien unter dem gleichnamigen Schwerpunktthema in Heft 4/2014 der Südosteuropa Mitteilungen, S. 16-27.

¹ Lothar Gall u.a., Die Deutsche Bank 1870-1995, München 1995, v.a. S. 322 ff.; Harold James, Die Deutsche Bank und die „Arisierung“, München 2001.

² Johannes Bähr, Die Dresdner Bank in der Wirtschaft des Dritten Reichs, München 2006; Dieter Ziegler, Die Dresdner Bank und die deutschen Juden, München 2006; Harald Wixforth, Die Expansion der Dresdner Bank in Europa, München 2006; Klaus-Dietmar Henke, Die Dresdner Bank 1933-1945. Ökonomische Rationalität, Regimenähe, Mittäterschaft, München 2006.

³ Johannes Bähr u.a., Der Flick-Konzern im Dritten Reich, München 2008; Norbert Frei u.a., Flick. Der Konzern, die Familie, die Macht, München 2009.

⁴ Joachim Scholtyseck, Der Aufstieg der Quandts. Eine deutsche Unternehmersdynastie, 2. Aufl. München 2011.

tragsprojekte: Ministerien und Behörden,⁵ Parlamente und Verbände⁶ und weiterhin auch Unternehmen⁷ wollen genauer wissen, was die in ihnen vertretenen Personen in der Zeit von 1933 bis 1945 und darüber hinaus taten. Die Frage, *wofür welche* genauen Verantwortlichkeiten bestanden, steht dabei im Mittelpunkt. Und häufig reagieren die Auftraggeber damit auf den Legitimationsdruck, den sie gegenüber einer zunehmend kritischen Öffentlichkeit verspüren. Die jüngste Wendung vollzieht sich in Süddeutschland, wo nun Baden-Württemberg⁸ und Bayern⁹ die möglichen Belastungen der Landesministerien und darüber hinaus praktisch des öffentlichen Sektors des ganzen Landes erforschen lassen wollen.

Worin besteht also das gesellschaftliche und historiographische Umfeld, in das sich diese eminente Nachfrage nach historischer Orientierung in Bezug auf die NS-Zeit einfügt? Diese Frage sei, zusammen mit einigen der zugrunde liegenden Forschungsfragen, in sechs kurzen Stichworten diskutiert.

1. Generationenwechsel

Der Verweis auf den Generationenwechsel mag banal klingen, aber er ist von eminenter Bedeutung. Das Schwinden persönlicher Loyalitäten ist eine notwendige Voraussetzung für die historische Distanzierung, die damit mögliche kritische Aneignung und Aufarbeitung von Geschichte. Wenn einflussreiche Persönlichkeiten noch institutionell und durch persönliche Wirkung dominieren, vermag meist auch ihr je individuelles Narrativ das Bild der eigenen Geschichte zu prägen. Einfache Bewunderung, Verpflichtungsverhältnisse und Loyalitätsgefühle des Umfeldes verhindern dann das tiefere Fragen und die kritische Distanzierung.

⁵ Siehe insbesondere: Unabhängige Wissenschaftliche Kommission beim Bundesministerium der Justiz zur Aufarbeitung der Vergangenheit (<http://www.uwk-bmj.de/die-kommission.html>), hieraus bereits entstanden: *Manfred Görtemaker / Christoph Safferling* (Hrsg.), *Die Rosenburg*. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Vergangenheit – eine Bestandsaufnahme, Göttingen 2013; Unabhängige Historikerkommission zur „Erforschung der Geschichte des Reichsfinanzministeriums in der Zeit des Nationalsozialismus“ (<http://www.reichsfinanzministerium-geschichte.de/>); Unabhängige Historikerkommission zur Aufarbeitung der Geschichte des Reichsarbeitsministeriums in der Zeit des Nationalsozialismus (<http://www.historikerkommission-reichsarbeitsministerium.de/>); Unabhängige Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945-1968 (<http://www.uhk-bnd.de/>). Abgeschlossen: *Eckart Conze* u.a., *Das Amt und die Vergangenheit*. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik (2010), NA München 2012.

⁶ *Andreas Hedwig*, NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter. Dokumentation der Fachtagung, 14. und 15. März 2013 im Hessischen Landtag, Wiesbaden u.a. 2014 (<http://www.historische-kommission-fuerhessen.de/welcome.html>); *Stephan Alexander Glienke*, Die NS-Vergangenheit späterer niedersächsischer Landtagsabgeordneter. Abschlussbericht zu einem Projekt der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen im Auftrag des Niedersächsischen Landtages, Hannover 2012; *Michael Schwartz*, Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundesverbandes der Vertriebenen und das „Dritte Reich“, München 2012.

⁷ *Jürgen Finger / Sven Keller / Andreas Wirsching*, Dr. Oetker und der Nationalsozialismus. Geschichte eines Familienunternehmens 1933-1945, München 2013.

⁸ In Baden-Württemberg wurde jüngst ein großes, durch die dortige Landesstiftung finanziertes Forschungsprojekt „Aufarbeitung der Geschichte der Landesministerien in der Zeit des Nationalsozialismus“ gestartet, siehe Pressemitteilung der Baden-Württemberg Stiftung vom 21.6.2013, <http://www.bwstiftung.de/nc/news-amp-presse/pressemitteilungen/pressemitteilungen-detail/article/706.html>, sowie *Jan Sellner*, Die Landesministerien in der Nazi-Zeit, *Stuttgarter Nachrichten*, 7.12.2013, <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.ns-geschichtsforschung-die-landesministerien-in-der-nazi-zeit.2d1cf802-91f9-458d-8085-c06bceee117f.html>.

⁹ Siehe hierzu den interfraktionellen Beschluss des Bayerischen Landtags: Bayerischer Landtag 16. Wahlperiode Drucksache 16/17486, 20.06.2013. Das Institut für Zeitgeschichte bereitet gegenwärtig ein entsprechendes Forschungsprojekt vor.

Stattdessen wird über lange Zeit hinweg das biographische bzw. institutionelle Selbstbild mehr oder minder kritiklos übernommen. Beispiele hierfür sind etwa Karl Dietrich Erdmann,¹⁰ Theodor Schieder,¹¹ jüngst auch Theodor Eschenburg¹² oder Rudolf August Oetker.¹³ Erst nach dem Tode dieser Protagonisten konnte offener gefragt werden und sich ein freierer Diskurs etablieren.

Eine parallele Entwicklung ließ sich auch in Archiven beobachten. Zum Teil noch bis in die 1990er Jahre hinein war es möglich, dass NS-Forschungen zum Beispiel in kommunalen Archiven von älteren Archivaren blockiert wurden, etwa mit dem Hinweis darauf, „es gebe nichts“, oder der Weigerung, Findmittel zu präsentieren. Das hat sich durch den Antritt einer jüngeren Generation von Archivaren spürbar geändert.

2. Probleme der Gedenkkultur

Mit dem Wechsel der Generationen hängen zweitens Probleme der Gedenkkultur zusammen. Welcher Namen soll gedacht, welche Verdienste gewürdigt werden? Die Antwort auf diese Fragen ist ebenso wandelbar wie das kulturelle Gedächtnis im Allgemeinen. Nach wie vor ist der Trend ungebrochen, der darauf zielt, Schulen, Kasernen und Straßennamen umzubenennen, weil die alten Namenspatrone durch die NS-Zeit als belastet erscheinen. Auch die ebenso Aufsehen erregende und umstrittene Studie über das Auswärtige Amt nahm ihren Ausgangspunkt bekanntlich in der Frage, wie die Geschichte des Ministeriums und seines

¹⁰ Martin Kröger / Roland Thimme, Die Geschichtsbilder des Historikers Karl Dietrich Erdmann. Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik, München 1996. Diese, in ihrem Gehalt für viele überraschende Schrift löste eine lang anhaltende Kontroverse aus. Vgl. u.a.: Winfried Schulze, Karl Dietrich Erdmann und der Nationalsozialismus, in: Geschichte in Wissenschaft u. Unterricht 48 (1997), S. 220-240; Agnes Blänsdorf, Zur Biographie Karl Dietrich Erdmanns 1939-1945. Soldat im Zweiten Weltkrieg, in: Geschichte in Wissenschaft u. Unterricht 61(2010), S. 713-730; Christoph Cornelißen, Karl Dietrich Erdmann. Fortsetzung einer Debatte und offene Fragen, in: Geschichte in Wissenschaft u. Unterricht 61 (2010), S. 692-699.

¹¹ Angelika Ebbinghaus / Karl Heinz Roth, Vorläufer des „Generalplan Ost“. Eine Dokumentation über Theodor Schieders Polendenkschrift vom 7. Oktober 1939, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 7 (1992), S. 62-94 (brachte den Stein ins Rollen). Weiter Ingo Haar, Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten, 2. Aufl. Göttingen 2002; Christoph Nonn, Theodor Schieder. Ein bürgerlicher Historiker im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 2013 (dazu die kritische Rezension von Peter Schöttler, in: H-Soz-u-Kult, 19.12.2013, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2013-4-227>). Vgl. insgesamt Wolfgang J. Mommsen, „Gestürzte Denkmäler“? Die „Fälle“ Aubin, Conze, Erdmann und Schieder, in: Jürgen Elvert (Hrsg.), Historische Debatten und Kontroversen im 19. und 20. Jahrhundert, Wiesbaden 2003, S. 96-109.

¹² Die 2011 in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft angestoßene und seitdem Wellen schlagende Debatte über die Rolle von Eschenburg im NS-Regime und seinen Umgang damit in der Bundesrepublik verläuft gegenwärtig extrem kontrovers. Siehe <http://www.dvpw.de/eschenburg-debatte.html>. Ansonsten insbesondere: Anne Rohstock, Kein Vollzeitrepublikaner. Die Findung des Demokraten Theodor Eschenburg (1904-1999), in: Bastian Hein (Hrsg.), Gesichter der Demokratie. Porträts zur deutschen Zeitgeschichte, München 2012, S. 193-210; Hannah Bethke, Theodor Eschenburg in der NS-Zeit. Gutachten im Auftrag von Vorstand und Beirat der DVPW (3. September 2012), in: Hubertus Buchstein (Hrsg.), Die Versprechen der Demokratie, Baden-Baden 2013, S. 527-567; Rainer Eisfeld, Theodor Eschenburg (II), „Der innere Widerstand gegen ein totalitäres Regime verlangte eben besondere Verhaltensweisen“, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 61 (2013), S. 522-542; Udo Wengst, Der „Fall Theodor Eschenburg“. Zum Problem der historischen Urteilsbildung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 61 (2013), S. 411-440; Hans Woller / Jürgen Zarusky, Der „Fall Theodor Eschenburg“ und das Institut für Zeitgeschichte. Offene Fragen und neue Perspektiven, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 61(2013), S. 551-565.

¹³ Jürgen Finger / Sven Keller / Andreas Wirsching, Dr. Oetker ..., v.a. S. 339-370.

Personals adäquat commemoriert werden kann und soll.¹⁴ Und dabei entstehen delikate und schwierig zu beantwortende Fragen, die man früher überhaupt nicht gestellt oder sehr eindeutig beantwortet hätte.

Insgesamt ist eine deutliche Verschiebung der Erinnerungskultur zu verzeichnen. Dies betrifft zum Beispiel die Beurteilung des kommunistischen Widerstands. Im Auswärtigen Amt verweigerte man dem 1942 hingerichteten Rudolf von Scheliha, dem Leiter der Informationsabteilung im Auswärtigen Amt, über Jahrzehnte hinweg eine Ehrung. Als Kontaktmann des sowjetischen Nachrichtendienstes galt der überzeugte Gegner des NS-Regimes als Spion und Landesverräter. Erst 1995 wurde Scheliha aufgrund der Recherchen des ehemaligen Botschafters Ulrich Sahn rehabilitiert.¹⁵ Etwas anders, im Kern aber vergleichbar liegt der Fall der Kommunistin Ilse Stöbe, die für kurze Zeit Mitarbeiterin im Auswärtigen Amt war. Sie wurde zusammen mit Scheliha hingerichtet, erhielt aber aufgrund ihrer nachweislichen nachrichtendienstlichen Tätigkeit lange Zeit keine ehrende Erwähnung. Erst 2011 kam mit einem Antrag der Fraktion „Die LINKE“ im Bundestag Bewegung in die Frage. Die Linke forderte, Ilse Stöbe als Widerstandskämpferin im Auswärtigen Amt anzuerkennen.¹⁶ Neuere Forschungen und ein Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte führten zu einem neuen Konsens, der noch zehn Jahre zuvor kaum vorstellbar gewesen wäre: Ilse Stöbe erhält nun die beantragte Würdigung.¹⁷

Umgekehrt verlieren Berühmtheiten wie Wernher von Braun oder Willy Messerschmitt ihre Funktion als Namenspatrone von Schulen und Straßen, die sie zum Teil erst in den 1980er Jahren erhalten hatten. Von Braun war, wie sich herausstellte, nicht nur SS-Mitglied gewesen, sondern auch in die Beschäftigung von Zwangsarbeitern im KZ Mittelbau-Dora verwickelt, in welches die Herstellung der V2-Rakete nach der Zerstörung der Produktionsstätten in Peenemünde verlegt worden war.¹⁸ Vor diesem Hintergrund beschloss das Wernher von Braun-Gymnasium im bayerisch-schwäbischen Friedberg nach langen und teilweise quälenden Diskussionen sowie einer kritischen Fernsehsendung, seinen Namen zu ändern. Ende 2013 distanzierte sich der Schuldirektor eindeutig von dem früheren Namenspatron und stellte klar, dass er in ihm „kein Vorbild für unsere Schülerinnen und Schüler“ sehe.¹⁹ Auch die danach einzig verbliebene deutsche Schule gleichen Namens, die Wernher von Braun-Schule im hessischen Neuhoof, entschied sich dafür, einen neuen Namensgeber zu suchen.²⁰

¹⁴ Conze u.a., Das Amt ...

¹⁵ Ebd., S. 558-569; *Ulrich Sahn*, Rudolf von Scheliha 1897-1942. Ein deutscher Diplomat gegen Hitler, München 1990.

¹⁶ *Deutscher Bundestag*, Drucksache 17/7488, 17. Wahlperiode, 26.10.2011.

¹⁷ *Hans Coppi / Sabine Kebir*, Ilse Stöbe: Wieder im Amt. Eine Widerstandskämpferin in der Wilhelmstraße, Hamburg 1914; *Elke Scherstjanoi*, Ilse Stöbe: Verräterin oder Patriotin? Ein Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 62 (2014), S. 139-156.

¹⁸ *Rainer Eisfeld*, Mondsüchtig. Wernher von Braun und die Geburt der Raumfahrt aus dem Geist der Barbarei, Reinbek bei Hamburg 1996, v.a. S.124-147.

¹⁹ *Stefan Mayr*, Schule beantragt neuen Namen, in: »Süddeutsche Zeitung«, 20.12.2013, <http://www.sueddeutsche.de/bayern/wernher-von-braun-gymnasium-schule-beantragt-neuen-namen-1.1848720>.

²⁰ Siehe <http://www.wvbneuhof.de/> (Zugriff am 12.6.2014), dort auch ein „Positionspapier“ zu der Diskussion, <http://www.wvbneuhof.de/fileadmin/Mediendatenbank/Aktuelles/Positionspapier.pdf>). Man vergleiche damit die Begründung der Namensgebung vom November 2007, in: <http://www.wvbneuhof.de/unsere-schule/wernher-von-braun/wernher-von-braun-als-namensgeber-unserer-schule.html?Fsize=0%3Fdate%3D1-2008%3Fdate%3D7-2008%3Fdate%3D7-2009%3Fdate%3D2-2010>.

Im Fall von Braun wie auch Willy Messerschmidt war man bis in die 1980er Jahre hinein noch einem Idealbild der technischen Intelligenz verhaftet, das sich heute nicht mehr halten lässt: Dem Bild des letztlich unpolitischen Genies, das als Vorbild für Erfindergeist, Enthusiasmus und technischen Fortschritt gelten kann. Für welches Regime, ja für welche verbrecherischen Ziele, in welchen damit verbundenen Abhängigkeiten und mit welchen Folgen solche technische Intelligenz während der NS-Zeit handelte, blieb dann unberücksichtigt. Eine ganze Reihe von süddeutschen Kommunen benannte Straßen nach dem 1977 verstorbenen Willy Messerschmidt. Dass auch er Zwangsarbeiter beschäftigen ließ, spielte damals noch keine Rolle, führte aber in jüngster Zeit zu Bestrebungen, die nach ihm benannten Straßen wieder umzubenennen.²¹

Hintergrund dieses Wandels ist nicht zuletzt der Fortschritt der historischen Forschung. Nicht nur wissen wir inzwischen Vieles sehr viel genauer – so ist zum Beispiel die Geschichte der Zwangsarbeit, die für jede unternehmenshistorische Studie ein wichtiges Pflichtkapitel darstellt, heute ziemlich gut untersucht.²² Über die einzelnen empirischen Erkenntnisse hinaus hat die NS-Forschung seit den 1980er Jahren aber auch wegweisende interpretatorische Modelle zur Verfügung gestellt, die es erlauben, das Verhalten der Führungseliten, aber auch vieler „ganz normaler“ Menschen unter dem NS-Regime weitaus besser zu verstehen als zuvor.

3. „Volksgemeinschaft“

Auf diesen Komplex bezieht sich das dritte Stichwort: Die dem Problem der „Volksgemeinschaft“ zugrunde liegende Diskussion markiert die vorerst letzte Etappe einer zentralen und langfristigen Entwicklung in der NS-Forschung. Denn in der unmittelbaren Nachkriegszeit herrschte der Eindruck vor, das Regime sei ein totaler Führerstaat gewesen, mit einer einheitlich-hierarchisch durchgeformten, von oben nach unten verlaufenden und in den letzten Winkel der Gesellschaft hinein reichenden Befehlsstruktur. Dieses Bild, das das Regime ja durch die Propaganda seiner Allmacht selbst gepflegt hatte, ist seit den 1960er Jahren allmählich systematisch dekonstruiert worden,²³ auch wenn die Rolle von Zwang, Repression, Einschüchterung und Terror natürlich keinen Augenblick lang vergessen werden darf. Zwar wusste man natürlich schon sehr früh ziemlich genau, welche monströse Verbrechen das NS-Regime auf sich geladen hatte. Das heißt, die Exzesse und die Machtstrukturen des Regimes waren gut bekannt; aber das ganz normale Funktionieren, die „Normalstruktur“ des Regimes sozusagen, kannte man weitaus weniger. Seitdem hat das stark angewachsene Interesse, das sich seit den 1990er Jahren noch einmal dynamisierte, eine Fülle neuer Studien hervorgebracht und unsere Kenntnisse über die gesellschaftliche Tiefendimension des Nationalsozialismus enorm erweitert.²⁴

²¹ Michael Hörmann, Institut wird „braune Straßen“ näher untersuchen, in: »Augsburger Allgemeine«, 7.6.2013, <http://www.augsburger-allgemeine.de/augsburg/Institut-wird-braune-Strassen-naeher-untersuchen-id24341816.html>, http://stadtrat.fuerth.de/bi/vo0050.php?__kvonr=25137. In Fürth wurde die Willy-Messerschmidt-Straße bereits 2007 umbenannt.

²² Grundlegend nach wie vor: Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches* (1985), Neuaufl. Bonn 1999. Ferner exemplarisch: Bähr u.a., *Der Flick-Konzern im Dritten Reich ...*, S. 511-558; Marc Buggeln, *Arbeit und Gewalt. Das Außenlagersystem des KZ Neuengamme*, Göttingen 2009, S. 42 ff.; Scholtyseck, *Aufstieg der Quandts ...*, S. 631-710.

²³ Grundlegend: Martin Broszat, *Der Staat Hitlers*, München 1969.

²⁴ Hilfreich als Überblick: Dietmar Süß / Winfried Süß (Hrsg.), *Das „Dritte Reich“. Eine Einführung*, München 2008.

Dementsprechend werden heute die gesellschaftlichen und „von unten“ kommenden Antriebskräfte des NS-Regimes sehr viel stärker betont. Wie auch immer die entsprechende Begrifflichkeit lautet – Ian Kershaw etwa hat mit dem Zitat eines preußischen Staatssekretärs, der „dem Führer entgegenarbeiten“ wollte, ein geradezu klassisch gewordenes Selbstverständnis aufgezeigt:²⁵ Der Schwerpunkt der Interpretation liegt aus dieser Sicht auf der Selbstmobilisierung der Akteure. In den Mittelpunkt gerückt ist daher die kritische Analyse der *freiwilligen* gesellschaftlichen und individuellen Zustimmung zum Regime – oder zumindest jener Grad an Opportunismus, der aus heutiger Sicht kaum mehr akzeptabel ist und dann eben auch seine politische Unschuld verliert. Das Paradigma der „Volksgemeinschaft“ spitzt diesen Trend noch einmal zu.

Lange Zeit waren Begriff und Sache der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ als bloße Propagandaformel abgetan worden. Zu eindeutig schien es, dass die Verheißung der „Volksgemeinschaft“ keinesfalls ein egalitäres soziales Programm darstellte, sondern sich vielmehr in pseudo-egalitärer Propaganda erschöpfte. Die soziale Ungleichheit blieb ein unübersehbares Spezifikum der NS-Gesellschaft; Klasse und Status blieben essenzielle Merkmale sozialer Unterschiede. In den letzten Jahren ist nun vermehrt die Frage gestellt worden, inwieweit die NS-„Volksgemeinschaft“ nicht doch mehr war als eine Propagandaformel – nämlich ein tatsächliches Mobilisierungselement des Nationalsozialismus. Jenseits der fortbestehenden sozialen Ungleichheit erscheint „Volksgemeinschaft“ aus dieser Sicht als ein entscheidendes Instrument, das soziale Geborgenheit und Schutz, Aufstieg und Wehrhaftigkeit verheißt und als übergreifendes Element über alles dieses vor allem eins: nämlich *Zugehörigkeit*. Mitzumachen – am und im Regime mitzuarbeiten – hieß dann zugleich, dazuzugehören und teilzuhaben an einem historischen Aufbauwerk.²⁶

Zugleich aber repräsentierte die NS-„Volksgemeinschaft“ den exkludierenden und gewaltsamen Charakter des Nationalsozialismus. Wer nicht dazugehörte, war mit Gewalt und Repression bedroht. Sehr viel klarer, als das früher der Fall war, ist heute daher ein entscheidendes, die gesellschaftliche Tiefendimension des Regimes offenlegendes Element der NS-Geschichte deutlich geworden: Wer nämlich zur „Volksgemeinschaft“ dazugehörte, war auf der scheinbar sicheren und richtigen Seite. Erkauft wurde dies aber durch die aktive oder zumindest implizite Zustimmung zur gewaltsamen Exklusion oder sogar Vernichtung: der Juden, der Sinti und Roma, der so genannten „Asozialen“, der Behinderten und Homosexuellen, der Kommunisten und anderer politischer Opponenten. Zur „Volksgemeinschaft“ dazuzugehören, hieß daher stets auch, sich zumindest implizit auf die Seite der Täter zu stellen.

Betrachtet man die ideologische Konstruktion der „Volksgemeinschaft“ unter diesem Blickwinkel, dann wird ihre Neigung zur Gewalt deutlich. Michael Wildt hat zum Beispiel eindrücklich beschrieben, wie häufig und wie regelmäßig Juden in der deutschen Provinz schon zwischen 1933 und 1939 drangsaliert, gedemütigt und zum Teil auch schon getötet wurden, *ohne* dass irgendein staatlicher Aufwand, irgendwelche Anordnungen „von oben“ oder ähnliche Aktivitäten erforderlich waren. Es handelte sich – so Wildt – um eine Konstituierung der

²⁵ Ian Kershaw, *Hitler 1889-1936*, München 1998, S. 665.

²⁶ Siehe insbesondere: Frank Bajohr / Michael Wildt (Hrsg.), *Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus*, Frankfurt/M. 2009; Detlef Schmiechen-Ackermann (Hrsg.), *„Volksgemeinschaft“: Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im ‚Dritten Reich‘*, Paderborn 2012; sowie jetzt vor allem Bernhard Gotto / Martina Steber (Hrsg.), *Visions of Community in Nazi Germany. Social Engineering and Private Lives*, Oxford 2014.

„Volksgemeinschaft“ als Selbstermächtigung, die ohne Befehl und ohne Nötigung und scheinbar auch ohne Anlass den Juden lange vor dem Zweiten Weltkrieg die Luft zum Atmen nahm. Insofern war die Tendenz zur ideologisch begründeten, zugleich innengeleiteten und ohne äußere Notwendigkeit ausgeübten Gewalt dem NS-Regime und seiner „Volksgemeinschaft“ von Beginn an in der Tiefe eingeschrieben.²⁷

4. Erweiterung des Täterbegriffs

Es liegt auf der Hand, dass damit der Täterbegriff im Nationalsozialismus neu definiert bzw. erweitert wurde. Wenn heute von den Tätern des NS-Regimes die Rede ist, dann sind damit keineswegs mehr nur die SS, die Schergen des Holocausts oder die unbezweifelbaren Schreibtischtäter²⁸ gemeint. In dem Maße, in dem die Antriebskräfte des Regimes mehr und mehr in die Mitte der deutschen Gesellschaft verlegt wurden, multipliziert sich die Gruppe der Täter, und die Grenze zwischen Mitmachern – also solchen, die die Entnazifizierung als „Mitläufer“ gut überstanden – und „Tätern“ beginnt zu verschwimmen. Die Tatsache, dass ein offenkundiges Unrechtsregime staatliche Massenverbrechen ausübte, führte insbesondere dazu, dass die staatliche Bürokratie ihre Unschuld verlor. Die Bürokratie, die ja ihrem Selbstverständnis zufolge „sachlich“ und „rational“ oder sogar „unpolitisch“ agiert, wird in der historischen Analyse zu einem untrennbaren Element des Unrechtsstaats und tendiert daher in ihren Handlungen selbst dazu, verbrecherisch zu werden.²⁹ Damit wird auch die ältere, auf Ernst Fraenkel zurückgehende Unterscheidung zwischen Normenstaat und Maßnahmenstaat deutlich relativiert.³⁰

Um zum Täter zu werden, reichte es möglicherweise aus, wenn man sich in einem gewissen Radius des Regimes und der Partei befand, an einen bestimmten Ort gerufen wurde und sich hier bewährte. Binnen kurzem überschritten die Akteure dann gleichsam einen *point of no return*. Nach 1945 mochten sie dann von „Verstrickung“ oder „Schicksal“ sprechen; aber es war klar, dass sie sich *aktiv* an einem verbrecherischen Regime beteiligten. Prominente Beispiele hierfür sind eher subalterne Beamte wie der Diplomat und Leiter des Referats für „Judenfragen“ im Auswärtigen Amt, Franz Rademacher (1906-1973),³¹ Kaufleute wie Hans Biebow (1902-1947), der bis 1939 als erfolgreicher Unternehmer in Bremen agierte, bevor er

²⁷ Michael Wildt, *Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939*, Hamburg 2007.

²⁸ Vgl. hierzu grundlegend: Ulrich Herbert, *Best: Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989*, Bonn 1996; Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2003.

²⁹ Vgl. hierzu Christiane Kuller, „Kämpfende Verwaltung“. Bürokratie im NS-Staat, in: Süß / Süß (Hrsg.), *Das „Dritte Reich“ ...*, S. 227-244; Dies., *Bürokratie und Verbrechen. Antisemitische Finanzpolitik und Verwaltungspraxis im nationalsozialistischen Deutschland*, München 2013 (zugleich Bd. 1 des Forschungsprojekts über „Das Reichsfinanzministerium im Nationalsozialismus“). Zur kommunalen Ebene vgl. Bernhard Gotto, *Nationalsozialistische Kommunalpolitik. Administrative Normalität und Systemstabilisierung durch die Augsburger Stadtverwaltung 1933-1945*, München 2006. Zum wichtigen und lange unterschätzten Problem der Korruption im Dritten Reich vgl. Frank Bajohr, *Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit*, Frankfurt/M. 2001.

³⁰ Hierzu Sabine Mecking / Andreas Wirsching, *Stadtverwaltung als Systemstabilisierung? Tätigkeitsfelder und Handlungsräume kommunaler Herrschaft im Nationalsozialismus*, in: Dies. (Hrsg.), *Stadtverwaltung im Nationalsozialismus. Systemstabilisierende Dimensionen kommunaler Herrschaft*, Paderborn 2005, S. 1-22, hier S. 1f.

³¹ Zur Rolle Rademachers siehe insbesondere Magnus Brechtken, „Madagaskar für die Juden“. Antisemitische Idee und politische Praxis 1885-1945, München 1998; sowie Conze u.a., *Das Amt ...*

dem Ruf des mit ihm bekannten Reinhard Heydrich folgte und den Posten des Chefs der Ghettoverwaltung Lodz/Litzmannstadt übernahm.³²

In vergleichbarer Weise wurde auch ein so unscheinbarer Mensch wie der Maurermeister Erwin Lambert zum Täter. Einfaches Mitglied der Partei seit März 1933 und Blockwart, wurde er zu Beginn des Jahres 1940 von der „Gemeinnützigen Stiftung für Anstaltspflege“ dienstverpflichtet – und zwar um den Umbau einer Villa in der Berliner Tiergartenstraße 4 durchzuführen – später der Sitz der berüchtigten Aktion T4. Lambert wird damit zum Experten für die Baubedürfnisse der Täter: Zuerst in Schloss Hartheim bei Linz, das er zur Tötungsanlage umbaut, später in Treblinka und Sobibor, wo er Gaskammern baut. Am Ende noch in einem italienischen Lager bei Triest, wo Lambert Roste für eine Leichenverbrennungsanlage installiert.³³

Diese drei sind prominente Beispiele für Tätertypen, die schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit bekannt und justiziabel wurden. Der Mechanismus aber ist der gleiche wie bei der Vielzahl „neuer“ Täter: Ideologisch überzeugte, opportunistische, gedrängte oder sich drängende, oder durch Zufall in eine bestimmte Rolle hineinkommende Täter, die von der Forschung in den letzten beiden Jahrzehnten gefunden und deren Beziehungsgeflechte herausgearbeitet wurden. Auch ein Willy Messerschmitt war nun nicht mehr nur der geniale Flugzeugingenieur, sondern auch der Profiteur von Zwangsarbeit. Und ein Theodor Eschenburg, der „Lehrer der Demokratie“, als der er in der Bundesrepublik galt, wird posthum mit einem Arisierungsfall konfrontiert. Es ist ganz offenkundig, dass sich bei einer solchen Verschiebung des Täterbegriffs das Bild des Mitläufers verdüstert, das nach 1945 noch für ein akzeptables Entnazifizierungsurteil ausgereicht hatte. Und hier liegt ein entscheidender Impetus der gegenwärtigen Welle der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit.

5. Gesellschaftliches Klima

Damit unterscheidet sich unser heutiges Umfeld ziemlich radikal vom gesellschaftlichen Klima der 1950er Jahre. Damals betrachteten sich die meisten Deutschen selbst als Opfer – als Opfer des Krieges, der Luftangriffe, der Vertreibung, ja Hitlers und des NS-Regimes im Allgemeinen oder auch der alliierten Entnazifizierungspolitik. Diese Haltung verdeckte den Blick auf die Opfer des Holocausts, aber auch auf die vielen anderen Opfergruppen des Nationalsozialismus. Dem entsprach bis in die 1970er Jahre hinein ein bestimmtes Muster, in dem die Bundesrepublik über die Ursachen des 8. Mai 1945 oder gar die Täter der Kriegsverbrechen sprach. Zugespitzt formuliert bestand dieses Muster in der Trennung des Nationalsozialismus von den Deutschen im Allgemeinen; in der katastrophentypischen, fast metaphysischen Aura, die Hitler und seiner als cliquenartig beschriebenen Anhängerschaft zugeschrieben wurde: Im Sinn des letztlich Unbegreiflichen, des rein charismatisch vermittelten Einbruchs eines Irrationalen, Exogenen, ganz Fremden in die deutsche Geschichte. „Hitler, ein aus der Tiefe hervorgegurgelter Dämon“, habe den Deutschen einen Kampf aufgezwungen, der schließlich zum Kampf gegen die eigene Nation eskalierte.³⁴

³² Peter Klein, Die „Ghettoverwaltung Litzmannstadt“ 1940 bis 1944. Eine Dienststelle im Spannungsfeld von Kommunalbürokratie und staatlicher Verfolgungspolitik, Hamburg 2009.

³³ Ernst Klee, „Euthanasie“ im NS-Staat. Die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“, Frankfurt/M. 1983, S. 166.

³⁴ »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 8.5.1955.

Dagegen folgten schon die 1980er Jahre einer neuen Logik. Sie lässt sich als Versuch beschreiben, Opfer, aber auch Täter in der öffentlichen Erinnerung zu konkretisieren. Natürlich ist diese Entwicklung Teil einer sehr viel größeren Bewegung, einer gesellschaftlichen Nachfrage nach Wissen und nach konkreter historischer Information. Vor allem in Hinblick auf die NS-Zeit wollte man es nun genauer wissen. Die Folge war eine Welle von regionalen und lokalen Initiativen und die Gründung einer Vielzahl neuer Gedenkstätten,³⁵ was sich in den 1990er Jahren fortsetzte. Das gesellschaftliche Klima hat sich also fundamental gewandelt. Seit geraumer Zeit kann dieses Unternehmen, jene Behörde oder auch ein bisher gar nicht benannter Verband mit positiver öffentlicher Aufmerksamkeit rechnen, wenn die Frage adressiert wird, wie es denn mit der nationalsozialistischen Vergangenheit steht.

In Verbindung mit der in letzter Zeit boomenden Auftragsforschung lassen sich hier auch kritische Fragen stellen. Denn der erweiterte Täterbegriff, der Wandel des kulturellen Gedächtnisses und die Aussicht, durch kritische Aufarbeitung in der Ökonomie öffentlicher Aufmerksamkeit zu punkten, greifen ineinander, und dieses Ineinandergreifen ist nicht ohne Gefahren. Fragwürdig ist es etwa, wie dies in der Diskussion um das Auswärtige Amt erfolgt ist, einer historisch-kritischen Differenzierung apologetische Tendenzen zu unterstellen und ein ganzes Ministerium zur „verbrecherischen Organisation“ zu erklären. Für Schlagzeilen ist das gut, methodisch aber unterkomplex. Umgekehrt ist es natürlich genauso wenig zu akzeptieren, wenn allzu vorschnell das – dann in der Tat zur Apologetik neigende – Totschlagargument hervorgeholt wird, es werde an einer neuen „Kollektivschuldthese“ gearbeitet; oder „Nazi-Riecherei“ bzw. „Schnüffelei“ seien moralisch abzulehnen.³⁶ Die Tatsache, dass beide Positionen in der Öffentlichkeit vertreten werden, zeigt die latente Spannung, die das ganze Thema nach wie vor antreibt.

6. Auftragsforschung

Dies ist also das historiographische und gesellschaftliche Umfeld, in dem nun in den letzten Jahren die Auftragsforschung boomt. Wenn Auftragsarbeiten zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus einer bestimmten, auch öffentlichkeitsgetriebenen Logik folgen, dann ist sicher zunächst einmal Vorsicht geboten. Manch einer mag solche Auftragsarbeiten sogar grundsätzlich verdächtig finden. Man könnte ja annehmen, dass ein Auftraggeber mit seinen Ressourcen ein gewünschtes Ergebnis erzielen möchte, das seinen Namen reinwäscht und eine NS-Belastung eher kleinredet. Offenkundig aber hat sich die Richtung der Problematik verändert. Angesichts des so stark gewandelten öffentlichen Klimas und der neu ausgerichteten Gesetze der öffentlichen Aufmerksamkeitsökonomie scheint inzwischen fast das Gegenteil der Fall zu sein: Je schriller eine pauschale NS-Belastung zertifiziert ist, desto positiver ist das öffentliche Echo. Das war bereits bei der ersten Wehrmachtsausstellung 1996 der Fall,³⁷ es

³⁵ Hierzu vgl. *Andreas Wirsching*, Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982-1990, München 2006, S. 473-485.

³⁶ Siehe etwa *Henning Köhler* in der Rezension von *Michael Schwartz*, Funktionäre mit Vergangenheit: Auf der Suche nach belastendem Kontext, in: »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 14.01.2013, S. 8; *Hans-Peter Schwarz*, Ein Leitfossil der frühen Bundesrepublik – Theodor Eschenburg (1904-1999), in: *Bastian Hein / Manfred Kittel / Horst Möller* (Hrsg.), Gesichter der Demokratie. Porträts zur deutschen Zeitgeschichte, München 2012, S. 185 (Fußnote 36).

³⁷ *Detlef Bald* (Hrsg.), Mythos Wehrmacht. Nachkriegsdebatten und Traditionspflege, Berlin 2001; *Tim Seidenschner*, Streit um die Wehrmacht. Die Debatten um die Wehrmachtsausstellungen im Wandel der Generationen, Marburg 2010; *Hans-Günther Thiele* (Hrsg.), Die Wehrmachtsausstellung. Dokumentation einer Kontroverse, Bonn 1997.

war der Fall bei der Debatte um Daniel J. Goldhagens Buch über „Hitlers willige Vollstrecker“³⁸ und es war der Fall bei der Studie zum Auswärtigen Amt.³⁹

Tatsächlich hilft die gesellschaftliche und mediale Erwartungshaltung auch bekanntermaßen belasteten Akteuren, sich in der Öffentlichkeit neu und positiv zu positionieren, ja sogar neues Prestige zu erwerben, indem sie eben diese Belastung eingehend erforschen und dokumentieren lassen. Beispiele hierfür sind die Familie Quandt, der Bund der Vertriebenen und jüngst auch die Familie Oetker, künftig vielleicht auch der BND oder das Bundesfinanzministerium. Insofern ist die Gefahr, dass durch solche Auftragsarbeiten etwas „beschönigt“ wird, nicht besonders hoch. In jedem Fall aber müssen Umstände und Bedingungen, unter denen ein solches Projekt zustande kommt, offengelegt werden. Das ist schon deshalb erforderlich, damit Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Überprüfbarkeit – entscheidende Kriterien für den wissenschaftlichen Charakter einer Arbeit – deutlich werden.

Subkutan für die Wissenschaft vielleicht gefährlicher erscheint mir abschließend ein anderer Punkt: Die Gefahr besteht nämlich, dass die gestiegene politisch-gesellschaftliche Nachfrage nach „Aufarbeitung“ auch die Erkenntnisinteressen der Wissenschaft allzu sehr determiniert. Das beginnt mit der Finanzierung in dem geschilderten öffentlichen Umfeld. Unorthodoxe, quer argumentierende Ergebnisse sind von Historikern, die vielleicht durch solche Finanzierungen überhaupt erst in Erwerb gesetzt werden, eher kaum zu erwarten. Auch die Reichweiten der Fragestellungen werden letztendlich fremdgesteuert. Zu befürchten ist, dass sich Politik und Gesellschaft möglicherweise allzu schnell mit rasch und plakativ verwertbaren Zuschreibungen begnügen, wie sie etwa die Zugehörigkeit von Akteuren zur NSDAP oder zu Parteiorganisationen signalisiert. Will man diese Ergebnisse flächendeckend, etwa für ein Ministerium oder ein Parlament oder einen Verband, einholen, droht man in einem entsprechenden Formalismus steckenzubleiben. Denn die Mitgliedschaft allein, die ja relativ leicht zu überprüfen ist, sagt noch nicht allzu viel aus. Vermieden werden muss eine Art neues, flächendeckendes Spruchkammerverfahren, das dessen Mängel nur auf höherer Ebene reproduzieren würde.

Wissenschaftlich betrachtet kommt es vielmehr darauf an, was die jeweiligen Akteure tatsächlich getan haben, wie sie sich unter welchen Bedingungen verhalten haben, was ihr individueller Erfahrungs-, Beurteilungs- und Handlungshintergrund war. Solche Fragen zu beantworten erfordert in aller Regel jahrelange, ins Einzelne gehende Forschung, deren Ergebnisse dann für die politisch-gesellschaftliche Nachfrage eher zu komplex werden. So ist zum Beispiel aus einer kleineren Expertise, die das Institut für Zeitgeschichte über die 18 Mitglieder des ersten Vorstands des Bundes der Vertriebenen erstellen sollte, ein dickes Buch von rund 700 Seiten geworden: Voll von detaillierten Erkenntnissen, die sich aus Forschungen von Archiven in ganz Deutschland und in Osteuropa speisen.⁴⁰

³⁸ *Hans Mommsen*, Die Goldhagen-Debatte: Zeithistoriker im öffentlichen Konflikt, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 54 (2006), H. 12, S. 1063–1067; *Volker Ullrich*, Die Goldhagen-Kontroverse. Ein Rückblick und ein Resümee, in: *Willi Jasper* (Hrsg.), Preußens Himmel breitet seine Sterne ..., Beiträge zur Kultur-, Politik- und Geistesgeschichte der Neuzeit – Festschrift zum 60. Geburtstag von Julius H. Schoeps, Hildesheim [u.a.] 2002, S. 543-560.

³⁹ Zur Diskussion siehe *Martin Sabrow / Christian Mentel*, Das Auswärtige Amt und seine umstrittene Vergangenheit. Eine deutsche Debatte, Frankfurt/M. 2013.

⁴⁰ *Schwartz*, Funktionäre mit Vergangenheit ...

Ein solcher Aufwand lässt sich aber nicht flächendeckend betreiben. Deshalb brauchen wir in den Verhandlungen mit politischen oder privaten Auftraggebern unbedingt die Freiheit, exemplarische Forschungen durchzuführen, die wissenschaftlich generierte und innovative Fragestellungen behandeln. Wie das im Einzelnen aussehen kann, ist dann freilich jeweils eine Frage der zur Verfügung stehenden Quellen, der Ressourcen und der Freiheitsräume, die der Wissenschaft zugestanden werden oder die sie sich bewahren muss.